

Timo Reinfrank: "Nicht nur auf Nazis schauen!"

Einleitung: Allgemeine Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Initiativen im Umgang mit Auseinandersetzung mit Nazis in Wahlkampfzeiten: Alleinige Konzentration auf die Wahl, nicht auf das Problem, wie die soziokulturelle Verankerung der NPD und deren langfristige Strategie (vs. Relevanz der Wahlkampfzeit für die NPD, der JN und der Kameradschaften = strategischer Nutzen!) sowie Lähmung der demokratische Opposition, nur Punktuelle Mobilisierung zur Auseinandersetzung ...

a.) Rechtsextremismus allgemein: Die Menschenfeindlichkeit entwickelt sich weiter!

- Der politische Rechtsextremismus konnte seinen gesellschaftlichen Einfluss deutlich festigen.
- Die "Ausländerfrage" ist auf der "Neonazi"-Agenda auf den zweiten Platz gerückt: Das "Versagen der Demokratie" als System, die Verherrlichung des Dritten Reiches und die völkische Globalisierungskritik stehen im Vordergrund. D.h.: Der klassische Begriff des Protestwählers greift zu kurz.
- Zunehmenden Lähmung des "politischen Establishments"
- Antidemokratische Erscheinungsformen sind nunmehr manifest und im breiten Bewusstsein normalisiert (Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit - * vgl. Anhang).
- Eine nachhaltige Modernisierung des aktionsorientierten Rechtsextremismus hat stattgefunden.
- Die NPD ist die Partei der Jugend.
- Der Grad der geistigen Verbindung des Rechtsextremismus mit anderen Formen demokratiefeindlicher Ideologien, wie dem aggressiven Antisemitismus hat sich stark erhöht.

Zusammengefasst ist festzustellen:

- a.) Die Bemühung, den prognostizierten Aufwind und Modernisierung des deutschen Rechtsextremismus nach der deutschen Einheit zu verhindern, ist gescheitert;
- b.) Die zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteure sind in der Defensive, obwohl es auch einzelne "Leuchtturm"-Erfolge gibt.

b.) Besondere Kommunale Situation: No go Areas bzw. Angstzonen, Schweigespirale, Entmutigung

- Ansatz zur Bekämpfung demokratiefeindlicher und rechtsextremer Strukturen auf lokaler Ebene ist notwendig
- Nicht nur kurzfristig auf die Provokationen der NPD reagieren, sondern einen Plan zur langfristigen Auseinandersetzung mit den Problemen in der Kommune zu entwickeln.
- Häufiges Problem: es fehlt ein einheitlicher Blick auf das Phänomen, es gibt viele Einzelwahrnehmungen (Lehrer, Sozialarbeiter, Polizei, Jugendinitiativen, Verwaltung,)
- Es fehlt: ein Übereinkommen dieser Engagierten über die realen und zentralen Probleme in ihrer Kommune. Das Wissen über rechtsextreme Erscheinungen im Umfeld variiert stark.

- Einige berichten von "Angstzonen", anderen waren diese fremd, bzw. sie fanden sie unwahrscheinlich. Frage des Blickwinkels
- Es fehlt: Überblick über die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus vor Ort, damit auch die umfassende Diskussion der zentralen Probleme des Bezirkes und ein Gesamtkonzept zur Demokratisierung der Kommune.
- Es gibt keine einfachen übertragbaren Lösungen: Keine zwei Kommunen sind gleich.

c.) Notwendigkeit einer Demokratiestärkung bzw. Neuformulierung in fünf Punkten:

In vielen Orten besteht de facto eine rechtsextreme Dominanz im Alltag, die nicht den demokratischen Staat an sich beseitigt, aber verhindert dass demokratische Werte, die nicht ins rechtsextreme Denken passen, im Alltag erlebbar sind. Sie müssen dementsprechend neu formuliert und durchgesetzt werden.

- Orientierung auf die Alltagskultur:

Alltagskultur bezeichnet Gebräuche, Gewohnheiten und Gegenstände des Alltags, die nicht als Kultur im Sinne von bildender Kunst, Musik und Literatur in der Sinnggebung durch eine definierende Elite (Hochkultur) wahrgenommen werden. Umgangssprachlich ist auch von Massenkultur die Rede.
Wikipedia-Portal zum Thema Alltagskultur

- Opferperspektive (Schwache Gruppen & Potentielle Opferperspektive)
- Kultur der Anerkennung (Praktische Beispiel für Anerkennung entwickeln, was fällt Euch selbst ein ... Beispiel: Benennung öffentlicher Bereiche (Straßen, Plätze, etc.) zur Erinnerung an diskriminierte Personen, Preise, Beteiligung etc.

Menschenfeindliche Mentalitäten und Handlungsweisen können im weitesten Sinne als Ausdruck einer Suche nach Anerkennung verstanden werden.

- Wo Anerkennung fehlt, liegt der Versuch nahe, eigene Anerkennung durch Abwertung anderer zu erhalten.
- Anerkennung ist Wertschätzung durch Andere (-/+)

Grundlegend: Die Möglichkeit, an (politischen) Diskursen und Entscheidungen teilzunehmen, durch kulturell-expressive Integration, Mitgliedschaft in Gemeinschaften, durch den objektiven und subjektiven Zugang in allen Bereichen, Teilnahmemöglichkeiten, Emotionale Anerkennung

- Lebensweltliche Orientierung: Demokratie lernen und leben!

(Beispiel: BLK-Programm und Lebensweltorientiertes "service learning")

- Menschenrechte (Instrumente zur Kommunalen Menschenrechtsorientierung, Potential der Kinderrechte)

Thematisierung der Menschenrechte in möglichst vielen Institutionen, Formulierung erreichbarer Ziele zur Umsetzung von Menschenrechten, Entwicklung eines Systems der Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, Maßnahmen zum

Umgang mit Menschenrechtsverletzungen, Einsetzung eines Expertengremiums, Entwicklung eines Angebots zur Menschenrechtsorientierung für relevante Institutionen wie Polizei, Feuerwehr, Schule ...

- Perspektivwechsel: Zivilgesellschaftliche Initiativen fördern, nicht nur auf den Staat blicken! (Problem LAP/Bundesprogramme)

* Anhang

GMF: "Ich stimme eher/voll und ganz zu."

- Fremdenfeindlichkeit: "Es leben zu viele Ausländer in Deutschland." 61%
- Rassismus: "Die Weißen sind zurecht führend in der Welt." 15%
- Klassischer Sexismus: "Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen." 29%
- Antisemitismus: "Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss." 21%
- Islamophobie: "Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden." 24%
- Abwertung von homosexuellen, obdachlosen und behinderten Menschen:
"Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen." 35%
"Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden." 35%
"Viele Forderungen von Behinderte finde ich überzogen." 15%
- Etabliertenvorrechte: "Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind." 33%

Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Frankfurt 2007